Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: jeden Sonntag und jeden Donnerstag „Der Weltspiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag „Haus und Garten", jeden Freitag Mitbilatt „ULK". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, der Tschechoslowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle Fremden Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 12.75 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr, Ausland ausschließlich Postaufschlag; für Berlin und Vororte monatlich 4.50 Mark, vierteljährlich 13.50 Mark bei täglich zweimaliger Zustellung durch Botenfrauen ins Haus. Unter Kreuzband monatlich für das In- und Ausland 10 Mark. In Berlin und Vororten abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Beuthstraße 44—49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10181—10144, für den Fernverkehr Nr. 14007—14200), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Anzeigenpreis: Seite M. 2.50 u. 40% Teuerungszuschlag, Familien-Anzeigen u. Stellenangebote M. 2.— die Zeile. Inserat. u. Rhein.-Kurr. in Gr.-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Beuthstraße 44—49. Filial.: Leipzig, Str. 105; Potsd. Str. 63; Zimmerstr. 89; Königstr. 56/57; Rosenthal. Str. 48; Schönh. All. 144; Moritzpl.; Ahrensicker Str. 67/68; Maxstraße, Str. 8; Lützowstr. 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. All. 296; Frankf. All. 348; Bülowstr. 66; Wisner Str. 1-5; Greifsw. Str. 197; Fehrbell. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 89; Nürnb. Str. 25/26; Kaiserd. 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Brunenw.: Hensteinpl.; Lichtenb.: Frankf. All. 241; Lichtenr.-Weiß: Gensiche. 13; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 66/64; Kais.-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Breitenbachstr. Str. 11; Schmargendorf: Breite Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 20/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Rheinbahnstr. 88; Kaiserallee 13. In der Provinz: Brandenburg a. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 13; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 510 • Ausgabe A Nr. 277
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 510

Dienstag, 28. Oktober 1919
48. Jahrgang

Clemenceau und das Manifest der 93.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Hans Wehberg.

In seiner letzten großen Rede im Senat hat Clemenceau auch auf das Manifest der 93 Gelehrten und Künstler vom 11. Oktober 1914 hingewiesen und betont, dieser „schamlose" Aufruf sei ein schlimmeres Verbrechen als andere Taten, von denen man wisse. Wenn die bedeutendsten Männer eines Landes, die berufenen Führer der sittlichen Gesinnung und der hohen Gedanken, nach denen die Völker geleitet werden sollten, so dreist zu lügen wagten, dann sei es wohl erlaubt, einige Zweifel an der Rückkehr zur Vernunft auszudrücken. Wiederum erkennen wir aus dieser Aeußerung, wie scharf das Ausland jene Kundgebung verurteilt. Denn, ganz abgesehen von Clemenceau, haben auch andere hervorragende Persönlichkeiten des Auslandes, auch solche, die vor dem Krieg eine tiefe Sympathie für Deutschland bewiesen haben, eine ähnliche Meinung ausgesprochen. Ich erinnere nur an das Schreiben des Präsidenten der amerikanischen Columbia-Universität, Nicolas Murray Butler, vom 15. April 1919 an den Rektor der Universität Upsala, in dem er sagte, er habe jene erstaunliche Selbstprostitution deutscher Gelehrsamkeit vor internationaler Eroberungsgier noch nicht vergessen; jener April sei eine Häufung von Unwahrheiten gewesen, und das Kennzeichen, das er der geistigen und moralischen Lauterkeit deutscher Gelehrter und Künstler aufdrücke, werde für immer eines der beklagenswertesten und niederschlagendsten Ereignisse des Krieges bleiben.

Das Manifest vom 11. Oktober 1914 enthielt vor allem sechs Leitsätze:

1. Es ist nicht wahr, daß Deutschland diesen Krieg verschuldet hat.
2. Es ist nicht wahr, daß wir freventlich die Neutralität Belgiens verletzt haben.
3. Es ist nicht wahr, daß eines einzigen belgischen Bürgers Leben und Eigentum von unseren Soldaten angetastet worden ist, ohne daß es die äußerste Notwehr gebot.
4. Es ist nicht wahr, daß unsere Soldaten brutal gegen Löwen gewütet haben.
5. Es ist nicht wahr, daß unsere Kriegführung die Gesetze des Völkerrechtes mißachtet.
6. Es ist nicht wahr, daß der Kampf gegen unseren sogenannten Militarismus kein Kampf gegen unsere Kultur ist.

Für diesen Aufruf wurden damals von einer kleinen Gruppe von Gelehrten und Künstlern, nämlich von Emil Fischer, Fulda, Harnack, Humperdinck, Max Liebermann, v. Liszt, Reifle, Riehl und Schmoller, Unterschriften, und zwar meist auf telegraphischem Wege, gesammelt. Viele haben darauf unterschrieben, ohne den Wortlaut des Manifestes zu kennen bzw. ohne sich der ganzen Verantwortlichkeit bewußt zu werden. Vereinzelt ist auch manche Unterschrift unter den Aufruf gesetzt worden, ohne daß die Veranstalter dazu berechtigt waren. So hat mich Geheimrat W. Förster beauftragt, zu erklären, daß er den in Rede stehenden Aufruf nicht gebilligt habe, und daß seine Unterschrift unter denselben ohne seine ausdrückliche Zustimmung veröffentlicht worden sei. Ferner hat mir der Theologe Professor Schmidlin mitgeteilt, er wünsche die ausdrückliche öffentliche Feststellung, daß er das unglückliche und unsinnige Manifest vorher nie gesehen und andernfalls niemals unterzeichnet habe.

Die scharfen Angriffe, die der Aufruf der 93 im Auslande hervorrief, hatten bereits im April 1916 zur Folge, daß Professor Max Planck an Professor Lorentz in Haarlem einen Brief mit der Bitte um Veröffentlichung sandte, der etwa folgenden Inhalt hatte: Durch seine Formulierung habe der damalige Aufruf zu unzutreffenden Vorstellungen von der Gesinnung seiner Unterzeichner Anlaß gegeben. Nach seiner persönlichen Auffassung, die auch von Adolf Harnack, Walter Nernst, Wilhelm Waldeyer und Ulrich v. Willamowitz-Möllendorf geteilt würde, sollte der damalige Aufruf nur einen Akt der Abwehr bezeichnen, vor allem der Verteidigung des deutschen Heeres gegen die wider dasselbe erhobenen Anklagen, und ein ausdrückliches Bekenntnis, daß die deutschen Gelehrten und Künstler ihre Sache nicht von der Sache des deutschen Heeres trennen wollten. Freilich müsse er zugeben, daß die Unterzeichner des Aufrufs nicht für jede einzelne Handlung eines jeden Deutschen die Verantwortung übernehmen könnten. Was aber Planck noch besonders aussprechen wolle, sei dies, daß es Gebiete der geistigen und sittlichen Welt gäbe, die jenseits der Völkerkämpfe lägen. Eine weitere öffentliche Erklärung gab Brentano am 26. Oktober 1918 in den „Münchener Neuesten Nachrichten" ab. Darin betonte er unter anderem, er sei seinerzeit telegraphisch um die Unterzeichnung gebeten worden, habe nur auf dringendes Bitten der Aufforderung Folge geleistet und habe seine Erklärung sofort bereut, als er später den Text des Aufrufs kennen gelernt hätte. In ähnlicher Weise ist auch Fritz v. Weingartner in einem am 4. Mai 1919 in dem „Neuen Wiener Journal" erschienenen Aufsatz von der Erklärung der 93 scharf abgerückt, nachdem noch kurz vorher Sudermann gegenüber einem Korrespondenten des „Temps" das Manifest in Schutz genommen hatte. Aber immerhin hatte Sudermann einige Einschränkungen hinzugefügt: „Wenn uns aber Beweise gegeben würden, daß Verbrechen verübt wurden, so würden unsere Intellektuellen sie sicher verurteilen." Und weiter: „Wenn sich die Dinge anders zugetragen haben (nämlich anders, als sie uns offiziell dargestellt wurden), so können wir sie nicht genug mißbilligen." (Im „Berliner Tageblatt" wurde schon während des Krieges erklärt, daß Ehrlich, August v. Wassermann und Lujo Brentano ihre Unterschrift auf telegraphische Aufforderung gegeben hätten, ohne daß ihnen der Aufruf bekannt gewesen sei. D. Red.)

Vor einigen Monaten wandte ich mich nun persönlich an die sämtlichen noch lebenden Unterzeichner des Aufrufs, um ihren gegenwärtigen Standpunkt zu dem Manifest zu erforschen. 15 Gelehrte und Künstler waren inzwischen verstorben, und zwar der Maler Wilhelm Trübner, die Naturwissenschaftler Adolf v. Baeyer und Fritz Haber, der Theologe Anton Koch, der Dichter Richard Voß, die Nationalökonomen Johann Conrad und Gustav v. Schmoller, die Juristen Paul Laband und Franz v. Liszt, die Mediziner Emil v. Behring, Paul Ehrlich, Albert Neißer, der Historiker Karl Lamprecht, der Kunstschriftsteller Justus Brinckmann und der Philosoph Wilhelm Windelband. Von diesen hat mir noch kurz vor seinem Tode v. Liszt mitgeteilt, er sei jeden Augenblick bereit, seine Unterschrift zurückzuziehen, wenn eine Gesamtaktion des Bundes deutscher Gelehrter und Künstler herbeigeführt werden könnte.

Von den 78 noch lebenden Unterzeichnern haben 23 auf meine Anfrage überhaupt nicht geantwortet. Vielleicht schämte sich mancher von ihnen, an diese Tat seines Lebens, die er möglicherweise inzwischen bereut hat, erinnert zu werden. Wegzüglich mehrerer dieser 23 Persönlichkeiten wurde mir mitgeteilt, daß die erbetene Antwort wegen schwerster Krankheit des Adressaten nicht erteilt werden könnte. 55 Unterzeichner des Aufrufes haben mir dagegen ihren gegenwärtigen Standpunkt zu dem Aufruf zum Teil sehr ausführlich auseinandergesetzt. Aus ihren wertvollen Briefen kann ich nur kurz das wichtigste Material mitteilen:

16 Gelehrte und Künstler betonen, daß sie auch heute noch unbedingt auf dem damaligen Standpunkte beharren müßten. Von ihnen seien besonders Dörpfeld, Siegfried Wagner, Eduard Meyer und Lenz hervorgehoben. Einer von ihnen erklärt ausdrücklich, „er hätte den Aufruf noch einmal sorgfältig Satz für Satz durchgelesen und keinen gefunden, den er nach seiner Ueberzeugung und nach seiner Kenntnis der Dinge nicht auch heute noch unterschreiben könnte und würde" (v. Duhn).

Die übrigen Unterzeichner des Aufrufes, 39 an der Zahl, sind der Auffassung, daß sich auf keinen Fall alle Behauptungen des damaligen Aufrufes heute noch aufrechterhalten lassen. In zahlreichen Antworten wurde immer wieder betont, man habe den Aufruf, bevor man ihn unterschrieben, überhaupt nicht richtig gekannt. v. Kaulbach, v. Weingartner, Eulenberg, Brentano, W. Förster und die Theologen Schmidlin, Herrmann und Mausbach haben ihre Unterschrift von dem damaligen Aufruf anläßlich meines Schreibens zurückgezogen. Aus der Zahl der Briefe seien als charakteristisch besonders folgende hervorgehoben:

Herbert Eulenberg erklärt:

„Ich bin bereit, meine Unterschrift von jenem berüchtigten Aufruf zurückzuziehen. Vorbedingung ist dabei nur, daß zugleich festgestellt wird, wie überhaupt der viel geschmähte Aufruf zustande gekommen ist. Damals glaubten wir 96er doch alle, daß Deutschland, schnöde überfallen, sich des heiligen Rechts der Notwehr bedienen dürfe. Vier Wochen lang hatten wir es doch, wenn auch mit Widerstreben, so glauben müssen. Aus diesem Grund allein haben wir 96er uns damals für unser Militär eingesetzt."

Die angeblichen Verletzungen des Waffenstillstandes durch Deutschland.

Der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Friedensvertrages.

(Erneute Verzögerungen?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

VA. **Genf**, 27. Oktober.

Der Bericht des Marschalls Foch über die angeblichen Verletzungen des Waffenstillstandes durch Deutschland soll vor Dienstag nicht fertig sein. Erst dann kann der Oberste Rat der Verbündeten den Zeitpunkt festsetzen, wann der Vertrag Wirksamkeit erhält. Es liegt außerdem in Paris das Bestreben vor, diesen Zeitpunkt bis nach der Ratifikation durch den amerikanischen Senat aufzuschieben, denn man möchte, daß in den Kommissionen, die die Ausführung des Vertrages überwachen sollen, auch amerikanische Delegierte teilnehmen. Auch hieraus könnte denn noch **eine neue Verzögerung** entstehen, weil das Personal der amerikanischen Mission nicht zahlreich genug ist, um alle diese Kommissionen beisetzen zu können. Es wird also die Ankunft neuer Delegierter aus Amerika abgewartet werden müssen.

Die belgische und die französische Presse hatte jüngst die Erzählung eines ehemaligen französischen Kriegsgefangenen namens Ferdinand Mauger verbreitet, der erklärte die Deutschen hätten ihn acht Monate nach dem Waffenstillstand als Kriegsgefangenen zurückbehalten. Mauger fügte hinzu, zahlreiche Franzosen schmachteten noch in Deutschland in unterirdischen Höhlen und würden nicht ernährt. Durch eine vom französischen Kriegsministerium angeordnete Untersuchung ist jetzt festgestellt worden, daß die ganze Geschichte erlogen ist. Mauger war niemals Kriegsgefangener und gibt zu, daß er seine Räubergeschichten unter dem Einfluß des Alkohols erfunden und weitererzählt habe.

Der „Temps" beschäftigt sich in seinem heutigen Leitartikel mit der Eingabe der Handelskammer von Köln, die sie im Namen von 23 deutschen Handelskammern wegen der ungeheuren Warenmengen, die im Rheinland seit dem Waffenstillstand eingeführt wurden, an die deutsche Regierung richtete. Das Blatt ist etwas erstaunt, daß man Köln das große Hauptquartier der internationalen Schieber nennt, und ist nämlich angenehm davon berührt, daß ein Redakteur des „Berliner Tageblatts", obwohl Köln von britischen Truppen besetzt ist, in dem Blatt erklärt, das Groß der Schieber setze sich aus Franzosen und Belgiern zusammen. Worauf aber der „Temps" hinauskommen will, das ergibt sich gegen Ende seines Artikels. Er sagt, daß nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, wenn die geschäftlichen Transaktionen wieder frei würden, **offenbar die Deutschen die Absicht hätten, den Preis der Waren zu erhöhen**, weil behauptet werde, er entspreche nicht dem hohen Getreidepreis, den hohen Löhnen, dem Preis der Kohlen und schädige den Kredit. Man fürchte, daß die Absicht zu haben, sagt „Temps", durch diese Preiserhöhung **den Kredit Deutschlands wieder herzustellen, indem man eine allgemeine Lebensverteuerung organisiere.** Wenn man voraussetze, daß das Deutsche Reich gezwungen sei, um seinen Kurs zu verbessern, zu einem derartigen homöopathischen Mittel zu greifen, dann müsse man bemerken, daß die Rheinlande für sich genommen nicht unbedingt darin inbegriffen sein müßten. Das Rheinland sei sehr reich. Wenn man ihm Rohstoffe liefere, so könne es so viel ausführen, daß, wenn man die rheinische Mark abstempeln würde, der Kurs rasch höher stehen würde als der der anderen deutschen Bankfuchsen. Das Rheinland hätte also gar kein Interesse, unter das wirtschaftliche Regime zu fallen, das das übrige Deutsche Reich annehmen würde, ein Regime, das doch die vollkommene Freiheit des Austausches nur unter der Bedingung wieder herbeiführen könne, wenn die Preise stark in die Höhe gingen. Die Rheinlande hätten also ein Recht, ein besonderes wirtschaftliches Regime zu verlangen, wenn der Friedensvertrag in Kraft getreten sei. Wie denken darüber, so schließt der „Temps", die alliierten und assoziierten Regierungen?

Wilson und die Vorbehalte zum Friedensvertrage.

Versailles, 27. Oktober. (W. T. B.)

Wie der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris" in Washington mitteilt, würden 20 republikanische und 18 demokratische Senatoren die Ratifizierung des Friedensvertrages verweigern, wenn Wilson erkläre, daß durch die vorgeschlagenen Vorbehalte die Ratifizierung unmöglich sei. Wilson betrachte es tatsächlich als eine Erniedrigung, wenn er sich wieder nach Europa wenden müßte, um die Grundrechte des Völkerbundes, der auf seine Initiative zurückzuführen sei, abzuändern.

Das Reutersche Bureau meldet aus Atlantic City vom 25.: Die Handelskonferenz nahm, ehe sie auseinanderging, eine Entschließung an, in der empfohlen wird, daß die Regierungsbeschränkung für den Ankauf von Schiffen sobald wie möglich aufhören werde. Der Vorsitzende des ausführenden Ausschusses Bedford sagte: Die Amerikaner müßten sparen, um Europa die ungeheuren Summen zu leihen, die es brauche. Der Gouverneur des Federal Reserve Board, Harding, sagte die Regierung könne ohne eine äußerst schädliche Preissteigerung mit ihren Darlehen an fremde Länder nicht fortfahren. Er sei überzeugt, daß die Finanzierung Europas, soweit Amerika in Betracht komme, der privaten Initiative und dem Unternehmungsgeist einzelner überlassen werden würde.

Das Reutersche Bureau meldet aus Washington, daß Wilson von neuem das Anerbieten gemacht hat, Schiedsrichter in dem Konflikt der Braunkohlenindustrie zu ernennen. Pressebureau Radio meldet, daß man in Amerika den Ausbruch von Sympathiestreiks für die New Yorker Dockarbeiter befürchte. Wenn keine Einigung erzielt wird, so werden sich in 14 Tagen vielleicht zwei Millionen Arbeiter im Ausstand befinden.